

Tagungen – Grundsatzserklärungen – Kommentare: Der Bund Freiheit der Wissenschaft von den 1990er Jahren bis 2015

von Winfried Holzappel

Die Themenformulierung lässt erwarten, dass ich – entlang den inhaltlichen Schwerpunkten – einen chronologischen Überblick über etwa zweieinhalb Jahrzehnte ehrenamtlichen Engagements in der Wissenschafts- und Bildungspolitik gebe.

Das will ich versuchen. Dabei stellen sich etwa folgende Fragen:

Wie hat sich der Bund Freiheit der Wissenschaft in den 1990er Jahren und später entwickelt, welchen Themen hat er sich in dieser Zeit gewidmet? Wie hat sich die Struktur, wie haben sich die Organisationsformen im Laufe der Zeit geändert? – Was haben wir getan? Was haben wir erreicht?

In seinem umfangreichen Werk über die Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft schreibt Nikolai Wehrs ca. 500 Seiten über das erste Jahrzehnt des BFW, davon den überwiegenden Teil über die Jahre 1970 bis 1975. Der Rest wird nur skizziert; denn - so Wehrs - : „Der Rest der Geschichte ist schnell erzählt. Inneruniversitär wie außeruniversitär nahezu komplett ignoriert, setzte der BFW sein nunmehr wirkungsloses Wirken auch im vereinigten Deutschland fort. 1994 musste der Mitgliedsbeitrag um 100% auf nunmehr 200 DM pro Jahr angehoben werden. Wieder kam es zu einer Austrittswelle. Bis Ende 1999 schrumpfte die Mitgliederzahl auf 680 zusammen. Zum Januar 2000 wurde die Geschäftsstelle von Bonn nach Berlin verlagert. Dort wurde sie noch ein knappes Jahrzehnt ohne hauptamtliches Personal von einer kleinen Schar ehemaliger, längst verrenteter bzw. emeritierter NofU-Aktivisten ehrenamtlich weitergeführt. Treibende Kraft war Hans Joachim Geisler, der als Assistent von Georg N. Knauer schon 1969/70 an der NofU-Gründung mitgewirkt und seit der BFW-Gründung als Einziger ausnahmslos allen BFW-Vorständen angehört

hatte. Aufgrund der hohen Sterberate der strukturell überalterten Mitgliederschaft halbierte sich die Mitgliederzahl bis Ende 2009 nochmals auf nunmehr 315 Mitglieder. Zum Jahresende 2009 musste der BFW auch sein Berliner Büro aufgeben. Die *fdw* wurde im selben Jahr eingestellt.“... Wehrs fährt fort: „In dieser Rumpfform besteht der Bund Freiheit der Wissenschaft bis heute – nominell immer noch mit drei Vorsitzenden (sowie seit September 2011 mit Hans Joachim Geisler als Ehrenvorsitzendem), einem erweiterten Vorstand (darin immer noch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes) und Regionalbeauftragten in immerhin elf von sechzehn Bundesländern. Am 11. Dezember 2009 wurde in Berlin auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, bei der 28 Mitglieder anwesend waren, ein Antrag des Vorstands, den BFW endlich aufzulösen mit 14 zu 13 Stimmen (bei einer Enthaltung) abgelehnt. `Die Linken feixen doch, wenn sie das mitkriegen`, wurde in der erregten Debatte gegen eine Auflösung eingewandt. Sie wollen“, so Wehrs, „um Gottes Willen noch immer tapfer sein“.¹ Das ist eine schöne Pointe, die Nikolai Wehrs im Anschluss an Hans Maiers berühmten Appell von 1970 setzt – und ich kann von dieser (langen) Zeit (die Wehrs so kurz abtut) sagen: „Ich bin dabei gewesen“, - von 1994 bis heute als einer der Vorsitzenden.

Heute Nachmittag werde ich zum dritten Mal erleben, dass explizit über die Auflösung des BFW beraten wird. Es sieht so aus, dass es dieses Mal dazu kommt. Warum – so ist zu fragen – fand sich in der Vergangenheit keine Mehrheit für die Auflösung, wenn doch tatsächlich die öffentliche Wahrnehmung so nachgelassen hatte? Eine Antwort gibt – besser als das Protokoll der Mitgliederversammlung von 2009, aus der Wehrs berichtet, der Bericht über die Mitgliederversammlung vom 24. Juli 1999 im Wissenschaftszentrum in Bonn, als die Frage der Auflösung – anders als 1994 –

¹ Nikolai Wehrs, Protest der Professoren. Der Bund Freiheit der Wissenschaft in den 1970er Jahren, Göttingen 2014, S. 428/429

schon einmal regelrecht auf der Tagesordnung stand. Es heißt im *bfw-telex* auf S. 3 der *Verbandszeitschrift* „*freiheit der wissenschaft*“ (*fdw*) von Sept. 1999 unter der bezeichnenden Überschrift: „Sein oder Nichtsein“: „Für die Weiterführung wurde geltend gemacht, daß

grundlegende Ziele und Aufgaben des Bundes sich keineswegs erledigt hätten, sondern nach wie vor aktuell seien,

das Interesse an Bildungs- und Hochschulpolitik gegenwärtig stark zunehme und durchaus neue Polarisierungen zu erwarten seien,

der Austausch von Meinungen und Ideen im Verband und die freundschaftliche Verbundenheit der Mitglieder ein hoher Wert seien,

die hochkompetente Mitgliederschaft ein wertvolles Kapital darstelle, das weiter genutzt werden müsse“.

Diese Gründe waren für die Weiterführung ausschlaggebend. Sie waren so überzeugend, dass für die Auflösung des Bundes keine qualitative Mehrheit zustande kam.²

Nach Osten

Ein handfester Grund dafür war sicherlich auch, dass die Möglichkeit, in der jahrelang geübten Weise Einfluss zu nehmen, immer noch gegeben war. Es bestanden Kontakte in die Ministerien hinein und zu einigen Journalisten überregionaler Tages- und Wochenzeitungen. Der BFW wurde als Gesprächspartner ernst genommen, und in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung war insbesondere der damalige Vorsitzende Clemens Christians rastlos unterwegs, um sich für die Strukturen eines freiheitlichen und leistungsorientierten Bildungswesen auf nationaler Ebene einzusetzen. Zugleich

²Zwar war die Versammlung – einschließlich der Vorsitzenden – mehrheitlich für die Auflösung; jedoch wurde die nach der Satzung erforderliche Zweidrittelmehrheit verfehlt.

weitete der BFW seine Bildungspolitischen Foren in die ostdeutschen Bundesländer hinein aus. Eine Reihe ostdeutscher Hochschullehrer wurde Mitglied im Bund Freiheit der Wissenschaft. Ihnen waren sowohl die Aktivitäten wie auch der Name sympathisch.

Es macht Sinn, die Tagungsthemen und den ein oder anderen Referenten zu nennen, um zu zeigen, dass der BFW sehr wohl in seinen Aktivitäten die Akzente richtig setzte und auf Entscheidungsträger Einfluss nahm.

Einige Beispiele: Das Bildungspolitische Forum am 21. Oktober 1991 in Leipzig hatte das Thema: „Geglückter Neuanfang? Hochschulbilanz nach einem Jahr“. Unter anderem sprachen der Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Dr. Norbert Lammert, der nachmalige BFW-Vorsitzende Christian Wagner aus Ostberlin, Klaus Dieter Rosenbaum aus Mecklenburg-Vorpommern, Johannes Mehlig aus Sachsen-Anhalt, aus Sachsen Matthias Rößler, der spätere sächsische Kultusminister, ebenfalls aus Sachsen Prof. Dr. Kurt Reinschke, der später 10 Jahre lang Vorsitzender des BFW war. Es folgte ein Bildungspolitisches Forum in Potsdam mit dem Thema „Gliederung des Schulwesens als Chance eines gesellschaftlichen Neuanfangs“ mit Referaten von Claudia Solzbacher, Peter Heesen und Werner Wollersheim. Beim 19. Bildungspolitischen Forum am 22. April 1993 in Berlin hieß das Thema: „Die Hochschulen in den neuen Ländern, Bilanz der Erneuerung nach drei Jahren“. Wieder sprachen Norbert Lammert, Klaus Dieter Rosenbaum, neben ihm eine Reihe weiterer Professoren aus den neuen Bundesländern und Professor Manfred Ehrhard, der seit Januar 1991 Wissenschaftssenator in Berlin war und später Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft wurde. 1994 ging es in Bonn um „grundsätzliche Fragen zur Umstrukturierung der Hochschullandschaft“. Das Referat zum Thema hielt der Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg, Klaus von Trotha. 1996 ging es in Jena um „Bildung im Umbruch“. Dabei sprach unter anderem der damalige thüringische Kultusminister Dieter Althaus ein Grußwort unter dem Titel:

„Zeitbetrachtung und Erwartungen“. 1997 hatte das Forum in Frankfurt die Fragestellung: „Quo vadis, alma mater?“ Referate hielten u.a. Walter Rüegg, Manfred Ehrhardt und Hartmut Schiedermaier, der damalige Präsident des Deutschen Hochschulverbandes. „Über das Ethos des Lehrers in Lehrerbildung und Schulalltag“ ging es 1998 in Erfurt.³

Die 1990er Jahre hatten in der gesamten BFW-Geschichte die dichteste Abfolge von Bildungspolitischen Foren, vom 30. April 1990 bis zum 23. April 1999 fanden in etwa halbjährlichem Rhythmus insgesamt 18 Foren statt, dazu schon ganz früh nach dem Mauerfall eine bildungspolitische Veranstaltung im Januar 1991 im Erfurter Rathaus in Zusammenarbeit mit der *Thüringer Tagespost*. Sie hatte das Thema „Schule und Universität im Umbruch“, in dem es ein Votum für die Neugründung der alten Erfurter Universität gab.

Von „wirkungslosem Wirken“ (s.o. Wehrs) sollte man daher nicht sprechen, selbst wenn die unmittelbare öffentliche Wahrnehmung, die Resonanz in der Presse, eher gering war.

Austrittsbegründungen

Einer der nachmaligen Vorsitzenden des BFW, Christian Wagner, schreibt über diese Zeit anlässlich seines Austritts (im Jahre 2010): „(Ich) verlasse den BFW ... nicht als an angry old man. Für lange Zeit war er mir wichtig und eine Hilfe auf dem Weg in das neue System“. Mit ähnlichen Kommentaren verließ eine Reihe der neuen Mitglieder aus dem Osten den Bund wieder, um sich ausschließlich den Aufgaben von Forschung und Lehre widmen und um die eher unmittelbaren berufsbezogenen Herausforderungen in ihrer Fülle ordentlich bewältigen zu können. Etwa zur gleichen Zeit, als Herr Wagner uns schrieb, erhielten wir den Brief eines betagten Mitglieds aus Westdeutschland, das

³ Überregionalen Widerhall fand das Bildungspolitische Forum in Halle 1995 zum 25jährigen Bestehen des BFW, das im Audimax der Universität unter Polizeischutz stattfand, weil es eine Bombendrohung gegen die als Referentin vorgesehene Meinungsforscherin Elisabeth Nölle-Neumann gegeben hatte. Es berichteten u.a. die Süddeutsche Zeitung und der Mitteldeutsche Rundfunk (in einer Radiosendung). Hanna Renate Laurien beeindruckte durch einen mitreißenden bildungspolitischen Vortrag.

seinen Austritt so begründete: „Im Hinblick auf mein Alter und meine Behinderungen kann ich zu meinem Bedauern nicht mehr an Veranstaltungen des Bundes teilnehmen. Für mich stellt sich ganz ernsthaft die Frage nach meinem Verbleiben im BFW. Weil ich keinen Zugang zum Internet habe, werde ich in Zukunft die Zeitschrift *`freiheit der wissenschaft`* nicht mehr erhalten, wie bereits die letzte Ausgabe des Jahres 2009. Ich kann mir nicht vorstellen, einem Verein anzugehören, mit dem mich nur noch der Mitgliedsbeitrag verbindet. Ich kann nur hoffen, dass Sie Verständnis für meine Überlegungen haben, für ein Mitglied, in dessen Leben der BFW eine zentrale Rolle spielte“. (Walter Eisermann). Solche Zuschriften zeigen, wie wichtig der Bund für seine verbliebenen und verbleibenden Mitglieder war, so dass zwar der Bund mit jedem Austritt schwächer wurde, aber von der Wertschätzung her, die sich in den Briefen zeigte, auch immer wieder ein Appell ausging weiterzumachen - vor allem, da die Briefe immer mit guten Wünschen für eine erfolgreiche Zukunft schlossen. Es ist noch nicht allzu lange her, dass Hermann Lübke, Mitglied der ersten Stunde, mir schrieb: „Der Grund meines Austritts ist, selbstverständlich, nicht irgendeine inhaltliche Distanzierung gegenüber den überaus wichtigen Aktivitäten des Bundes. Der Grund ist schlicht mein inzwischen erreichtes Lebensalter. Die Anzahl der noch bestehenden institutionellen Verbindungen war und ist immer noch ungleich grösser als die verbliebene Menge der Möglichkeiten und auch der Kräfte, diese Verbindungen aktiv zu nutzen. Das erzwingt Rückzüge.

Allein darum handelt es sich also, und das ist verbunden mit guten Wünschen für eine produktive Fortsetzung der Arbeit des Bundes, überdies mit freundlichen Grüßen für Sie und alle anderen Kommilitonen aus alten Tagen“.

Es gab also in den 1990er Jahren einen schnellen Aufbruch nach Osten mit Foren in Leipzig, Erfurt, Halle, Jena, Rostock. Es gab eine intensive Einmischung im Osten, es gab Mitgliederzuwachs aus dem Osten, und

dementsprechend waren auch Erfolge auf gesamtdeutschem Gelände zu verzeichnen.

Ideologische Entspannung

Die Zeit nach dem Fall der Mauer war eine Zeit der ideologischen Entspannung, eines ausgleichenden Pragmatismus. Die Gegensätze flossen in einer diffusen Entwicklungsarbeit am Gesamtprojekt Deutschland zusammen. Die Freiheit der Wissenschaft schien nicht mehr bedroht, jedenfalls nicht durch Staatsdirigismus, linke Kadertruppen und übergriffigen Totalitarismus. Damit schien sich die Aufgabe des Bundes Freiheit der Wissenschaft in der Tat mit der Zeit erledigt zu haben. Die Freiheit kannte anscheinend keine Grenzen mehr. Es ergab sich in der geschichtlichen Situation, dass der BFW trotz der Bewahrung seines Profils in diesem kein Alleinstellungsmerkmal mehr hatte.

Diese gesamtgesellschaftliche Entspannungslage war hauptsächlicher Grund für die beiden Austrittswellen in den 1990er Jahren, deren äußere Anstöße einmal die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge im Jahre 1994 und zum anderen der Umzug nach Berlin im Jahre 1999 waren, Gelegenheiten, bei denen bekanntlich über die (wiederholt nicht zustande gekommene) Auflösung des Bundes gesprochen wurde.

Im Jahre 1999 musste aus finanziellen Gründen der Bundesausschuss aufgelöst werden, der zur damaligen Zeit – Mitglieder und Stellvertreter zusammengerechnet – 40 Mitglieder stark war, die als Funktionsträger die Reisen zu den in Zusammenhang mit den Foren zweimal jährlich stattfindenden Ausschusssitzungen vergütet bekommen hatten. Es kam zu einer Struktur- bzw. Organisationsreform des BFW, der auch das Kuratorium zum Opfer fiel. Neueingerichtet wurde die Funktion von Regionalbeauftragten, die, wie es in der

Satzung heißt, „nach Möglichkeit je eine Region Deutschlands repräsentieren sollen“.⁴ Damit wurde der Anspruch aufrechterhalten, in ganz Deutschland vertreten zu sein und vor Ort Einfluss zu nehmen. Geschäftsführung und Geschäftsstelle wurden nach Berlin verlegt und eine weitgehend ehrenamtlich agierende Führung eingesetzt. Mit Herrn Geisler und Frau Schauf als Sekretärin in der Geschäftsstelle, Charlottenstraße 65, hatte diese zwei kommunikativ agierende und sich in ihrem Engagement gut ergänzende stabile Stützen.

Die Berliner Periode des BFW

Vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund und angesichts der Umstrukturierung des BFW hat Günter Püttner als einer der Vorsitzenden in der ersten *fdw* des neuen Jahrtausends, „und zwar durchaus mit einem Schuß Optimismus“, wie er schrieb, den Blick nach vorn gerichtet. Er stellte in der Rubrik *bwf-telex* fest: „Probleme, derer man sich annehmen sollte, wird es in Schulen und Hochschulen sicherlich immer in genügender Menge geben. Es wird um die Sicherung der Qualität und die Wahrung des Leistungsprinzips ebenso gehen wie um die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gegen sie bedrohende Kräfte. Diese Kräfte sind freilich heute nicht mehr die fast verschwundenen linken Ideologien, sondern jene Bildungspolitiker, die zu einseitig nur auf effizientes Hochschulmanagement setzen und den Wert der Freiheit von Forschung und Lehre unangemessen vernachlässigen. In diesem Zusammenhang sollte auch über das Verhältnis von Wissenschaft und Wirtschaft neu nachgedacht werden... Im Bereich von Schule steht die Frage nach 12 oder 13 Schuljahren auf der Tagesordnung, aber auch die Forderung nach dem Zentralabitur. Darüber hinaus wird sich der Bund in die Debatte um den Charakter der künftigen Wissensgesellschaft einschalten müssen und auch mit Themen zu beschäftigen haben, die für manche als tabu gelten“.

⁴ § 11 Erweiterter Vorstand

Das Forum „Bildung in der Wissensgesellschaft“ war das Startsignal für diese umfassendere Thematik, wobei freilich Hochschul- und Schulpolitik immer ihre herausragende Bedeutung behalten sollten.

Es war das erste Forum, das im Vortragsraum der neuen Geschäftsstelle in Berlin Mitte abgehalten wurde. Nach dem Umzug war man damit gegen Ende des Jahres 2000 (20. Okt. 2000) wieder im Tritt. Die Referenten waren: Manfred Fuhrmann, dessen viel beachtetes Buch mit dem Titel: „Der europäische Bildungskanon des bürgerlichen Zeitalters“ gerade erschienen war, Arnd Morkel („Die Universität muss sich wehren“), der Erziehungswissenschaftler Jürgen Oelkers und der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, unser Mitglied Josef Kraus. So begann die Berliner Periode des BFW mit Themen der Zeit, mit namhaften und kompetenten Gesprächspartnern und neuem Schwung.⁵

Im Jahre 2001 hatte das Forum das Thema: „Ökonomisierung der Hochschule“. Damit war ein Akkord angeschlagen, der sich bis in die letzten Jahre in Veranstaltungen und Publikationen des BFW durchgehalten hat.⁶

Aus finanziellen Gründen ging man allerdings vom Halbjahresrhythmus bildungspolitischer Foren ab, verlegte sich auf einzelne Vortragsveranstaltungen, die in der Regel im Gebäude der Geschäftsstelle in Berlin stattfanden⁷, und schuf mit turnusmäßigen Sitzungen der Sektion Berlin-Brandenburg sozusagen ein ständiges Diskussionsforum, aus dem heraus immer wieder Impulse für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik des BFW hervorgingen sowie Stellungnahmen vor allem zur Schulpolitik und der Schulgesetzgebung in Berlin verabschiedet und veröffentlicht wurden.⁸ Im

⁵ Manfred Fuhrmann, dessen Austritt aus dem Bund Nikolai Wehrs nicht unerwähnt lässt, trat übrigens im Anschluss an das Forum wieder ein und hat sich in der Folge mit wichtigen Artikeln in *fdw* zu Wort gemeldet (z.B. zum Wert der Geisteswissenschaften).

⁶ Das machen auch die einzelnen Referate dieses Forums deutlich: „Bildung zwischen Ökonomie und Bürokratie“ (Werner), „Freiheit der Wissenschaft und Unternehmensinteressen“ (Offermanns), „Leistungsanreize für die Universität? Zwischen leistungsabhängigem Gehalt und Unterfinanzierung“ (Berg), „Leistungsmessung in der Wissenschaft“ (Scheuch).

⁷ oder in einem Hörsaal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

⁸ Z.B. *fdw* 4/2002, S.9f.

Rückblick ist sicherlich auch erwähnenswert, dass die Sektion Berlin-Brandenburg Exkursionen an wissenschaftliche und historisch herausragende Stätten der neuen Bundesländer organisierte, die von zahlreichen Interessenten gut angenommen wurden. In der *fdw* wurde darüber berichtet.⁹ Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts wuchs auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, wobei ich vor allem die gemeinsamen Tagungen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach erwähnen möchte (jeweils im Februar der aufeinanderfolgenden Jahre 2005-2007 und 2009), in denen, wie von Günter Püttner vorausgesehen, auch Tabu-Themen zur Sprache kamen. Zwei Tagungsthemen mögen das beispielhaft beleuchten: „Kyoto – Klimaprognosen. Aussagekraft der Strategien und Handlungsmodelle“, u.a. mit Hans von Storch, im Jahr 2005. Im Jahr 2006 war das Thema: „Ist Meinungsfreiheit möglich? Braucht eine Gesellschaft Tabus?“, u.a. mit den Vortragenden Ingo Pommerening, Konrad Löw und Hermann Lübbe. Seitens des BFW organisierte Frau Dr. Pötter diese Tagungen.

Seine hochschul- und bildungspolitischen Ziele verfolgte der BFW vor allem auch durch die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen, Verbänden und Organisationen und mit einer gewissen Bündnispolitik, die zu einem beachtlichen Multiplikationseffekt führte.

Dazu gehören die beiden noch bestehenden großen Bündnisse im Schulbereich mit dem Aktionsbündnis Schule in NRW (vorübergehend mit 20 weiteren Mitgliedsverbänden) und der deutschlandweiten Bildungsinitiative „3XMEHR“ (etwa 30 Einzelgruppierungen von Schleswig-Holstein bis Bayern), die sich beide für ein gegliedertes Schulwesen einsetzen und die Einheitsschule ablehnen. Ich möchte auch erwähnen die Kontakte zur Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, zum Deutschen Hochschulverband, zum Deutschen Lehrerverband, nicht zu vergessen der Verein „Lernen für die Deutsche und Europäische

⁹ Als Beispiele dafür mögen dienen der Bericht über den Besuch der Otto-von Guericke-Universität Magdeburg in *fdw* 2/2006, S. 6f. und der Bericht über den Besuch in Dresden in *fdw* 2/002 S.4. (Auch die Bergakademie Freiberg in Sachsen und die Universität Greifswald wurden besucht)

Zukunft“ (LDEZ), den vor Jahren Wolfram Ellinghaus gegründet hat und dessen Geschäftsführer neuerdings Josef Kraus ist.

Viele Mitglieder des BFW waren Teilnehmer der seit der Wiedervereinigung in Eisenach abgehaltenen sogenannten Wartburg-Gespräche, die unser Mitglied, der stellvertretende Hauptabteilungsleiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste und Koordinator für Bildungs- und Kulturpolitik, Arbeitsgruppe Gesellschaftspolitik, der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Jörg Dieter Gauger, mit hochkarätigen Referenten für einen großen Kreis bildungspolitisch interessierter Teilnehmer so spannend zu inszenieren pflegte.

Hochschulpolitische Streitthemen

In die Berliner Periode des BFW fielen vor allem der Streit um die Einführung von Studiengebühren und die Auseinandersetzungen um den Bologna-Prozess, der seit Ende der 1990er Jahre – zunächst weitgehend geräuschlos – Fahrt aufgenommen hatte. Der Versuch des BFW, auf die Akteure (Protagonisten und Propagandisten) direkt einzuwirken, erbrachte keine Erfolge. Die Befürworter des Bologna-Prozesses ließen sich nicht aufhalten, vor allem da sie an entscheidenden Stellen Fakten schaffen konnten, in der Hochschulrektorenkonferenz und im Bundesbildungsministerium, in dem Jürgen Rüttgers und vor allem Edelgard Bulmahn ihre Reformrolle gesucht und gefunden hatten. Außerdem schwenkten viele, die anfänglich ablehnend eingestellt waren, in die Reihe der Befürworter um, um, wie es einer der vormaligen Skeptiker und nachmaligen Protagonisten formulierte, „das Beste daraus zu machen“. (Reinhold R. Grimm bei seinem Vortrag als Gast des BFW am 18. April 2005 in Düsseldorf, Referat siehe *fdw* 2/2005 S.5ff)

Zusätzlich entstand in dieser Zeit die „Ökonomisierungsdebatte“, die bis heute anhält, und es stellte sich die Frage nach der Freiheit der Wissenschaft auf eine

neue Weise. Die Entlassung der Universitäten aus der Vormundschaft des Staates führte zu neuen Abhängigkeiten und Verpflichtungen, die Durchsetzungsvermögen und Wahrheitsstreben der Forscher auf harte Bewährungsproben stellten und noch stellen. „Ware Bildung“, nach einem Buchtitel von Jochen Krautz (wahre ohne h), mag hier als ein Stichwort dienen, das die Brisanz der Entwicklung besonders drastisch hervorhob: „Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie“ hieß der Untertitel.¹⁰

Der Bund versuchte, auf diese Fragen Antworten zu geben. Namentlich der Bologna-Prozess wurde einer gründlichen Kritik unterzogen. In einem Leitartikel der *fdw* im Jahr 2002 wies Erwin K. Scheuch, damals einer der drei Vorsitzenden des BFW, darauf hin, dass „die Ausdehnung einer immer noch Universitätsbildung genannten Erziehung“ auf immer mehr Menschen, die „mit dem veränderten Charakter moderner Gesellschaften begründet“ werde, eine „deutliche Senkung der (Bildungs-) Standards“ verlange. Er hatte Recht. Dass es aber schon damals wenig zu retten gab, lässt Scheuch etwas resignierend im letzten Satz anklingen: „Wir wollten es rechtzeitig gesagt haben“ (*fdw* 4/2002 im „Lieben Leser“: Auf dem Weg zur „Uni light“, S.3).

Seitens des BFW hat besonders Kurt Reinschke die Kritik an der Umsetzung des Bologna-Prozesses bei vielen Gelegenheiten vorgetragen und die verhängnisvollen Folgen dargestellt, insbesondere in der Broschüre: „Bologna-Prozess und Bachelorisierung der deutschen Hochschulen“ (Nachschrift zu einem Vortrag am 23. Mai 2008 in Berlin).

Selbstvergewisserung

Die Reduzierung der Mittel und die Abnahme der Mitgliederzahl zwangen den Vorstand wiederholt dazu, eine Selbstvergewisserung über die Ziele der Arbeit und die Zwecke der Aufwendungen vorzunehmen. Welchen Zielen galt der Einsatz?

¹⁰ München 2007

In einer mehrseitigen Erörterung unter der Überschrift: „Was wir heute wollen“, hat im Jahre 2005 der damalige Vorstand die Prinzipien, die das Planen und Handeln durchwirken sollten, formuliert. Im Text hieß es: „Unsere allgemeinen Grundsätze sollen mit der aktuellen Bildungsdiskussion verknüpft werden“. Diese Grundsätze seien: „Freiheit der Wissenschaft, das Prinzip Leistung und die Verantwortung des Einzelnen. Ein gutes Bildungswesen erfordert Ausbildung mit Bildung, Vielfalt und Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen, Förderung durch den Staat, der für angemessene Finanzierung sorgt und die notwendigen Rahmenbedingungen setzt“ (*fdw* 4/2005, S. 4). Ein Kernsatz war: „Das Abitur muss die Studierfähigkeit gewährleisten, nicht nur bescheinigen“. Es gehe um die Qualität, nicht die Quantität der Abschlüsse. Das gelte auch für Hochschulabschlüsse. Wendet man sich an dieser Stelle gegen ein „Quantitätsdogma“, so heißt es unter der Überschrift „Bildung, nicht nur Ausbildung“: „Bildungseinrichtungen sind keine Wirtschaftsbetriebe; sie haben kein `Produkt`, das wie andere Waren quantifiziert und verkauft werden kann. Bildung ist nicht lieferbar, sondern die Entwicklung einer Person“. „Die Idee der deutschen Universität, die Bildung durch Wissenschaft vermittelt, also Studenten durch Forscher zugleich bilden und ausbilden lässt, war und ist ein internationales Erfolgsmodell“. Die Schulen brauchten einen Bildungskanon. Er sei für den kulturellen Zusammenhalt einer Nation unverzichtbar. Es gehe dabei immer auch um den Bildungswert der Fächer für die Heranwachsenden (ebda. S.7/8). Zugleich verweist man auf die Bedeutung des dualen Ausbildungssystems in Deutschland, das sich bewährt habe. Im letzten Abschnitt heben die Verfasser hervor, die Gefahren für die Freiheit der Wissenschaft durch die Drittmittelfinanzierung zu sehen; denn „die Abhängigkeit von privaten Interessen kann die Freiheit der Forschung beeinträchtigen“ (S.8).

Dieses Programm war in der Folgezeit Grundlage der Publikationen und Veranstaltungen, bis sechs Jahre später die gleiche Frage, nämlich nach den

Zielen des Bundes, in einer Mitgliederversammlung erneut formuliert wurde. Die Antwort waren zwei Manifeste, eines zur Hochschul- und eines zur Bildungs- und Schulpolitik in Deutschland, die, in zwei unterschiedlich mit Mitgliedern des BFW besetzten Arbeitskreisen unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Reiner Schmitz, verfasst wurden und die wir in der Abfolge von zwei Jahren veröffentlichten. Wir erhielten für beide Manifeste viel Zustimmung von Gruppen, mit denen wir häufig zusammenarbeiten. Wolfram Ellinghaus (LDEZ) schrieb uns zum Schulmanifest: „Ich wollte mir die wichtigen Sätze gelb markieren. Am Ende war alles gelb.“ Zum Hochschulmanifest erhielten wir Zustimmung, die sich mit folgendem Satz pointiert beispielhaft belegen lässt: „An diesem Manifest sieht man, wie wichtig die Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft auch heute noch ist“. Über dieses Manifest sind wir auch mit einer Reihe von Hochschullehrern ins Gespräch gekommen, die wir aber dann doch nicht als Mitglieder gewinnen konnten.

Dem Thema Universität widmete sich unser letztes großes Forum in Köln im Herbst 2012.¹¹

Und auch das Thema Schule behielten wir im Blick:

Zu diesem Thema gab es im Jahr 2014 und in diesem Jahr 2015 jeweils eine Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung, dem Deutschen Lehrerverband und der Vereinigung der bayerischen Lehrerverbände. Auch diese Tagungen mit Referenten der ersten Kategorie, wenn ich einmal so sagen darf, waren gut besucht (2014 und 2015). Die Inhalte wurden bzw. werden

¹¹ 38. Bildungspolitisches Forum am 17. November 2012 in Köln: „Bildung durch Wissenschaft – wie ist das zu verstehen? Die Idee der Universität in ihrer Geschichte“. Referenten waren u.a. Ludger Honnefelder, Edith Düsing und Heinz-Elmar Tenorth.

durch den Versand von Broschüren an Interessierte und Multiplikatoren breit gestreut versandt.¹²

So war unsere Arbeit als Verband immer in sich stimmig, hochreflexiv und den Verhältnissen angepasst. Wir waren gut vernetzt und haben innerhalb dieses Netzwerks einen aktiven Part gespielt. Die Beziehungen zum Deutschen Lehrerverband, dem Realschullehrerverband, dem Deutschen Philologenverband, Elternvereinigungen, anderen Lehrerverbänden und wissenschaftlichen Vereinigungen sowie nicht zuletzt dem Deutschen Hochschulverband waren exzellent. Und dennoch lastete auf aller Tätigkeit mehr und mehr der Makel, aus eigener Kraft keine relevante Lautstärke in der bildungs- und wissenschaftspolitischen Entwicklung zu erreichen.

Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, die interne Kommunikation zu verstärken und auf der anderen Seite wieder mehr Öffentlichkeit als Bund Freiheit der Wissenschaft zu erlangen. Auch die Nutzung des Internets half in diesem Punkt nicht signifikant weiter, zumal mehr als die Hälfte unserer Mitglieder (etwa 2/3) über Internet gar nicht erreichbar sind.

Dem einen oder anderen Erfolg in der Horizontalen entsprachen keine identifizierbaren Erfolge in der Vertikalen. Die persönliche Wertschätzung, die den Vorsitzenden entgegengebracht wurde, und der immer noch erstaunlich hohe Bekanntheitsgrad bei Insidern warfen für den Bund als Organisation keinen nachhaltigen oder weitertragenden Erfolg ab. ---

Nun habe ich die Entwicklung des Bundes im Zusammenhang mit den politischen und bildungspolitischen Entwicklungen beschrieben. Dabei wurde – hoffentlich – erkennbar, wie man sich auf der Grundlage tradierter Prinzipien mit den jeweils aktuellen Entwicklungen auseinandergesetzt hat. Der Bund war

¹² In Vorbereitung ist die Broschüre der diesjährigen Tagung mit dem Thema: Akademikerschwemme versus Fachkräftemangel“. Thema der vorherigen Fachtagung war: „Talente finden – Begabungen fördern – Eliten bilden“. Die Broschüre haben wir in diesem Frühjahr an Mitglieder und Freunde des BFW versandt.

mit Themen und Problemen immer auf der Höhe der Zeit und ist bis zuletzt meinungsfreudig geblieben.

Unser Engagement für die Freiheit des Wortes und die Übernahme von Verantwortung drückte sich auch im Umgang mit meinungsfreudigen Menschen aus, an deren Seite wir uns gestellt haben, wenn Unterstützung angesagt war. Das galt beispielsweise für Marius Reiser, den Theologieprofessor an der Universität Mainz, der aus Protest gegen den Bologna-Prozess seine Professur gekündigt hat. Wir haben ihm ein Podium in Düsseldorf gegeben. Kurt Reinschke hat einen Gedankenaustausch mit dem Kollegen begonnen und Reisers Düsseldorfer Vortrag in einer Broschüre herausgegeben.¹³ Wir sind noch lange danach mit ihm im Gespräch geblieben, bis er sich aus der Diskussion zurückzog.¹⁴

Als eine der ersten Gruppierungen haben wir die Kritik am Bertelsmann-Verlag öffentlich gemacht und eine weite Kreise ziehende Diskussion angestoßen.¹⁵

Aber auch hier hatte der Bund kein Alleinstellungsmerkmal, und die Journalisten griffen zwar die Themen auf, vergaßen aber ihre Quellen zu erwähnen.

Zusammenfassende Bemerkungen

Wenn ich meine Erinnerungen an nahezu 25 Jahre Tätigkeit im Vorstand des BFW zusammenfasse, so sehe ich, dass in diesen Jahren viele Entwicklungen ihren Lauf genommen haben, die wir als Bund mit kritischen bis ablehnenden

¹³ Marius Reiser, „Standardisierung und Kultur im `Bologna`-Zeitalter“, Nachschrift zu einem Vortrag am 15. Juni 2009 in Düsseldorf

¹⁴ Auch: Michael Wolffsohn: Vorwurf der Legitimation von Folter (nach Maischberger-Interview) oder Konrad Löw: „Makuliert“ in der Zusammenstellung von Ingo Pommerening zur Tilgung seines Aufsatzes in der Zeitschrift für politische Bildung könnte erwähnt werden.

¹⁵ Podium für Dr. Matthias Burchardt in Düsseldorf am 11. Juni 2012 zum Thema: „Schöne neue Welt: Bildung, Kultur und Demokratie im Griff der Bertelsmann-Stiftung“.

Kommentaren begleitet haben. Wir haben sie nicht aufhalten können. Das gilt insbesondere für die Fehlentwicklungen im Bologna-Prozess an den Hochschulen. Die Stichworte, mit denen dafür geworben wurde, waren süßes Gift. Schon die Anbindung der Reform an den Namen einer der ältesten Universitäten Europas war – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – eine herausragende PR-Idee.

Außerdem war die „Magna Charta Universitatum“ aus dem Jahre 1988 mitreißend formuliert und konnte in ihrer plakativen Aussagekraft nur Zustimmung finden. Aber 1998 in der Sorbonne-Erklärung deutete sich eine Wende an, die am Ende unter dem Schlagwort „Berufsqualifizierung“ zu sehr viel Fremdbestimmung und Bürokratie sowie Leistungseinbußen (in Forschung, Lehre und Studium) führte, was im Einzelnen jetzt darzulegen, allerdings zu weit führen würde.

Die Institutionen sind aber lebendige Organisationen. Die Kritik an den Veränderungen ist nicht verstummt. Was im Laufe der Jahre entstanden ist, wird nun wieder einer kritischen Reflexion unterzogen. Ich habe in letzter Zeit zwei Einladungen erhalten, eine von der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, die andere von der Hanns-Seidel-Stiftung, die zeigen, dass die Entwicklungen ständiger Bewertung und Revision unterliegen. Bei der Hanns-Seidel-Stiftung heißt das Thema: „Der Bologna-Prozess – eine Zwischenbilanz nach 15 Jahren“ und bei der Schleyer-Stiftung sogar: „Die Universität der Zukunft“. Wir sehen: Der alte Spruch bestätigt sich: „Universitas semper reformanda“.

Niemand konnte im Übrigen leugnen, dass in den 1990er Jahren Reformbedarf bestand. So wiederholte sich das Dilemma der ersten Jahre des BFW. Wie damals auch in den 1990er Jahren durchaus reformorientiert, erreichte der Bund aber dieses Mal nicht die Reformen, die er wollte; denn, anders als vor Jahren, hätte er seine Ideen gegen eine große Zahl parteiübergreifend Verbündeter

durchsetzen müssen, die das Bildungswesen, allen voran die Universitäten, umgestalteten.

Meine Darstellung kann nur subjektiv sein. Indem ich kompakt über zweieinhalb Jahrzehnte berichtete, musste ich vieles ausblenden, oder besser gesagt: leuchtete ich vor allem das an, was der Arbeit dieser Zeit einen Sinn gegeben hat.

Betrachten wir die Dinge wie auf einer Landkarte, die wir uns im Internet hochgeladen haben, in der man auf einen bestimmten Punkt zoomen kann, so dass man nur ihn ins Bild holt und ihn so analysieren und in Einzelheiten sehen kann. So habe ich es in diesem Vortrag mit dem Bund Freiheit der Wissenschaft gemacht, der einen kleinen Raum in der bildungspolitischen Landschaft einnahm, aus der Nähe betrachtet starke Konturen und durchaus Profil hatte, im Ganzen gesehen aber eben doch nur ein Punkt in der Landschaft war. Dieser Punkt verschwindet jetzt ganz. -

Lassen Sie mich – in tröstender Absicht – mit drei Zitaten aus Zuschriften, die mich dieser Tage erreichten, schließen:

In einer E-Mail heißt es: „Gerne hätte ich mich in St. Augustin persönlich verabschiedet - die Gesundheit hat mir einen Strich durch die Rechnung gemacht. So wünsche ich Ihnen und allen Mitstreitern alles Gute und danke dafür, daß ich so viel geistig Anregendes erfahren durfte“. Der Betreff war „Adieu“.

Ein alter Freund aus Greifswald schrieb unter anderem: „Ich bedaure sehr, an der Auflösung des Vereins nicht teilnehmen zu können. Ich hätte gerne die alten Mitstreiter noch einmal gesehen und gesprochen. Auch hätte ich gerne noch einmal meine Beweggründe zur Mitarbeit im Bund aus heutiger Sicht erläutert, weil die von mir vertretenen Beurteilungen der Bildung zumindest in den neuen

Ländern wenig gefragt sind. Ich habe mich häufig in meiner Position verlassen gefühlt.

Grüßen Sie bitte alle Mitstreiter. Ich habe mich nach 1990 in Ihrer Mitte sehr wohl gefühlt und danke den vielen Gleichgesinnten für die Aufnahme und Möglichkeit der Mitarbeit im Bund.“

Ein Journalist, der die Geschicke des Bundes seit der Gründung kommentiert hat, schreibt: „Es grenzt an ein Wunder, daß der Bund Freiheit der Wissenschaft bis jetzt durchgehalten hat. Seien Sie deshalb nicht traurig, daß das Ende naht; vielmehr haben Sie allen Grund, stolz zu sein!“

Sankt Augustin, 17. November 2015

39. Bildungspolitisches Forum des Bundes Freiheit der Wissenschaft

